

Vorbemerkung zum Länderbericht Ukraine (Stand: 21.07.2022):

Die derzeitige Lage in der Ukraine ist angesichts der Invasion durch das russische Militär am 24. Februar 2022 sehr unübersichtlich. Große Teile der dem Bericht zu Grunde liegenden Daten stammen aus dem Jahr 2021. So stellen präsentierte Daten, wie etwa des Stockholm International Peace Research Institutes oder des International Institutes for Strategic Studies, jeweils die Entwicklungen des vorangegangenen Jahres dar und bilden somit nicht den aktuellen Stand ab.

In dieser Vorbemerkung werden daher aktuelle Entwicklungen skizziert, die Einfluss auf die jeweiligen Abschnitte des folgenden Berichts haben. So werden im Folgenden zum einen die ukrainischen Verluste in Bezug auf Soldat:innen und schweren Waffen, als auch aktuelle Lieferungen von neuen Waffensystemen durch Verbündete dargestellt. Hierbei ist zu beachten, dass es sich meist um Schätzungen handelt, da die Ukraine selbst nur unregelmäßig Angaben über eigene Verluste macht.

Von ukrainischer Seite sollen nach Angaben des ukrainischen Präsidentenberaters Selenskyj Olexij Arestowytsch bis Anfang Juni etwa 10.000 Soldaten der ukrainischen Armee gefallen sein. Die täglichen Verluste wurden dabei auf etwa 100 pro Tag geschätzt, so dass von derzeit circa 13.000 Gefallenen auszugehen ist. Zugleich meldeten sich jedoch seit Kriegsbeginn etliche Bürger:innen freiwillig für den Dienst in der ukrainischen Armee bzw. den Kräften der Territorialverteidigung. Laut Angaben des Premierministers Denys Shmyhal sollen sich rund 100.000 Ukrainer:innen den Territorialen Verteidigungskräften angeschlossen haben und rund 215.000 im Ausland lebende ukrainische Staatsbürger:innen sollen zur Landesverteidigung zurückgekehrt sein. Unabhängig überprüfen lassen sich diese Zahlen jedoch nicht. Auch die Zahlen zu ausländischen Freiwilligen (im März sollen es nach Aussagen des Generalmajors Kirilo Budanow ca. 20.000 gewesen sein) lassen sich nicht verifizieren.

Nach [Berichten des Open Source Intelligence Networks Oryx, welches](#) Verluste von schweren Waffen über online verfügbare Bilder dokumentiert wurden von ukrainischer Seite bisher mindestens 1.307 schwere Waffensysteme verloren. Darunter befinden sich (Stand 21.07.2022) 207 Kampfpanzer, 262 Schützenpanzer, 175 gepanzerte Fahrzeuge, 88 Artilleriegeschütze und Mehrfachraketenwerfer, 38 Flugzeuge, 11 Helikopter, 25 Drohnen, sowie 19 Schiffe. Dabei ist anzumerken, dass es sich hierbei lediglich um über Bildmaterial verifizierte Verluste handelt – die Dunkelziffer liegt sehr wahrscheinlich deutlich viel höher.

Diesen Verlusten an Waffen stehen jedoch auch enorme Waffen- und Rüstungslieferungen von Seiten befreundeter Staaten gegenüber. Die European Peace Facility stellte bisher 2,7 Milliarden Euro bereit. Weitere Mittel zur Refinanzierung der von Mitgliedstaaten gelieferten Waffen in Höhe von rund 5,7 Mrd. könnten demnächst freigegeben werden. Einen unvollständigen Überblick über Lieferungen (und geplante Lieferungen) europäischer Staaten, vornehmlich aus Beständen der jeweiligen Streitkräfte, bietet ein [Dokument des Europäischen Parlaments](#) aus dem Mai 2022. Besonders die USA und Großbritannien liefern den ukrainischen Streitkräften Waffen- und Rüstungsgüter und stellen Gelder bereit. So sollen die USA bisher Güter im Wert 4,6 Milliarden Dollar geliefert (oder zugesagt) haben.

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	4
------------------------	----------

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	7
Deutsche Rüstungsexporte	6
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	9
Militärausgaben	88
Lokale Rüstungsindustrie	17
Streitkräftestruktur	17
Bewaffnung der Streitkräfte	17
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	21
Polizei und andere Sicherheitskräfte	21

INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS	23
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	23
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	24
Innere Lage im Empfängerland	28
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	31
Bedrohung von Alliierten	33
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	33
Unerlaubte Wiederausfuhr	35
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	36

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in der Ukraine

Die Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für die Ukraine ist gering. Deutschland exportierte in jüngerer Zeit (bis zur russischen Invasion am 24.02.2022) hauptsächlich Jagd- und Sportgewehre in die Ukraine. 2020 hat es an die Ukraine zusätzlich Tauchgeräte und Container sowie Kommunikations- und Ortungsausrüstung ausgeführt. Unterstützung erhielt die Ukraine vor allem durch die USA, auch Hilfe seitens der NATO wurde erbeten und teilweise gestattet. Die Ukraine befand sich zudem selbst unter den zehn größten Rüstungsexporteurern weltweit und beliefert zahlreiche Staaten. Zwischen 2016 und 2020 war Tschechien wichtigster Lieferant von Großwaffensystemen für die Ukraine, gefolgt von den USA und Polen. Die Lieferungen im Zuge des Angriffskrieges werden in den Vorbemerkungen des Länderberichtes gesondert dargestellt.

Die Rüstungsindustrie der Ukraine ist gut entwickelt. Dies galt bereits zu Zeiten der Sowjetunion. Dennoch weist die ukrainische Rüstungsindustrie einige strukturelle Defizite durch technologischen Rückstand sowie wenig stringente Produktions-, Verwaltungs- und Kompetenzstrukturen auf. Aktuell soll ein großer Teil der heimischen Rüstungsindustrie jedoch zerstört worden sein.

Die ukrainischen Streitkräfte befanden sich in einer Phase der Transformation, während der die Zahl der Soldat:innen von 200.000 auf etwa 130.000 reduziert werden sollte. Dies änderte sich nach der russischen Annexion der Krim 2014 und insbesondere in Folge des militärischen Kampfes gegen die Separatist:innen im Osten der Ukraine. Die ukrainische Armee ist größtenteils mit alten sowjetischen Rüstungsgütern und Kriegsgerät ausgestattet. Umfassende Modernisierungsmaßnahmen und Kampfwertsteigerungen seit den 1990er Jahren konnten jedoch die Qualität des Geräts verbessern. Die dazu nötige Technik kam überwiegend aus ukrainischer und russischer Produktion.

Zu Sowjetzeiten galt das Militär als „Verteidiger der Nation“ und war fester Bestandteil der Gesellschaft. Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Unabhängigkeit 1990 stand der Staat vor der Aufgabe, die ehemaligen sowjetischen Truppen in eine Armee umzubauen, die in Einklang mit dem neuen demokratischen Staat und der Gesellschaft stehen. Mit der Reform war stets das Ziel verbunden, die Armee als tragende Säule beim Aufbau des Staates und als Element des „nation buildings“ zu nutzen.

In der Ukraine existieren neben dem Militär zahlreiche weitere Sicherheitskräfte, die hauptsächlich für die interne Sicherheit verantwortlich sind. Die zivile Polizei (genannt „militsiya“) ist dem Innenministerium unterstellt und umfasst verschiedene Einheiten: Die Kriminalpolizei, „Public Safety Police“, Transportpolizei, Spezialeinheiten der Polizei sowie „State Protection Service“. Im Sommer 2015 wurde zudem im Rahmen einer Polizeireform eine neue Einheit mit rund 2000 Polizist:innen gebildet, die seitdem seit dem die korrupte Straßenpolizei ersetzen soll und unter anderem am Maidan eingesetzt wird.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)

Die Ukraine ist den meisten wichtigen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Unabhängigkeit hat sie sich schnell bereit erklärt, dem Nonproliferationsvertrag beizutreten und bis 1996 alle Nuklearwaffen an Russland zu übergeben. Die Ukraine verfügt hingegen noch immer über ein Arsenal an Streubomben. Den Internationalen Waffenhandelsvertrag hat die Ukraine unterzeichnet, aber bislang noch nicht ratifiziert.

Besonders problematisch ist die Menschenrechtssituation im russisch kontrollierten Teil der Ost-Ukraine, wo es im Zuge des bewaffneten Konflikts mit von Russland unterstützten Milizen zu außergerichtlichen Hinrichtungen, Folter, Entführungen und Einschüchterung durch bewaffnete Gruppen kommt; ukrainisches Militär und Milizen eingeschlossen. Der Krieg in der Ostukraine hat nach Angaben der UN-Menschenrechtsbeobachtermission in Kiew allein von April 2014 bis Ende 2018 zwischen 12.800 und 13.000 Menschen getötet; darunter auch 3.300 Zivilist:innen. Im Sommer 2020 konnte zwar erneut ein Waffenstillstand vereinbart werden. Allerdings kam es weiterhin zu zahlreichen Verletzungen desselben. Die Beziehungen zu Russland waren in Folge der völkerrechtswidrigen Annexion der Halbinsel Krim durch Russland im März 2014 und der anhaltenden Unterstützung Russlands der pro-russischen Separatist:innen in der Ost-Ukraine schwer belastet. Bis zum Januar 2018 hatte die ukrainische Regierung im Hinblick auf die Kämpfe in den beiden östlichen Gebieten Donezk und Luhansk von einer "Anti-Terror-Operation" gesprochen. Ein im Januar 2018 vom ukrainischen Parlament erlassenes Gesetz betrachtet die beiden Regionen als "von Russland besetztes Gebiet". Im März 2014 setzte der Ständige Rat der OSZE die zivile Sonderbeobachtungsmission „Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine“ ein. Deren Mandat wurde 2020 bis Ende März 2021 und daraufhin um ein weiteres Jahr verlängert. Im Dezember 2020 waren rund 720 internationale Beobachter:innen aus 44 OSZE-Staaten in der Ukraine stationiert. Darunter auch 29 Deutsche. Mit dem Einmarsch russischer Truppen im Februar 2022 entwickelte sich die Bedrohungslage im Osten des Landes in einen konventionellen Krieg, in dessen Zuge auch die Hauptstadt Kiew zeitweise unter schwerem Beschuss stand.

Die Ukraine ist kein unmittelbares Ziel transnationaler Terrorgruppen. Organisierte Kriminalität, insbesondere Menschenhandel, stellt jedoch ein großes Problem dar. Auch gilt die Ukraine als Ursprungsland vieler illegaler Waffentransfers, darunter an bewaffnete Akteure in unterschiedlichen Konflikten in Afrika, Osteuropa, Mexiko und dem Nahen Osten.

Der andauernde Gewaltkonflikt im Osten der Ukraine hat zu einer deutlichen Steigerung der Militarisierung der Ukraine geführt, sodass das Land heute zu den am höchsten militarisierten Staaten weltweit zählt. Die Militärausgaben, gemessen als Anteil des Bruttoinlandsproduktes, stieg beispielsweise seit dem Jahr 2010 von 1,9 auf zuletzt 4,1 Prozent (oder in absoluten Zahlen: von etwa 2,2 Mrd. auf rund 6 Milliarden US-Dollar). Die Anzahl des militärischen und paramilitärischen Personals wurde deutlich vergrößert; die bestehenden Großwaffensysteme umfassend modernisiert. Im Ranking des Globalen Militarisierungsindex des BICC belegt das Land für das Jahr 2020 daher Platz 16 von 151 Staaten – 2012 belegte das Land noch den 47. Platz.

of violence motivated by anti-Semitism; crimes involving violence or threats of violence targeting persons with disabilities, members of ethnic minority groups, and lesbian, gay, bisexual, transgender, or intersex persons; and the existence of the worst forms of child labor. The government generally failed to take adequate steps to prosecute or punish most officials who committed abuses, resulting in a climate of impunity. Human rights groups and the United Nations noted significant deficiencies in investigations into alleged human rights abuses committed by government security forces. In the Russia-instigated and -fueled conflict in the Donbas region, Russia-led forces reportedly engaged in unlawful or arbitrary killings of civilians, including extrajudicial killings; forced disappearances and abductions; torture and cases of cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment. Other significant human rights issues included: harsh and life-threatening prison conditions; arbitrary arrest or detention; political prisoners or detainees; serious problems with the independence of the judiciary; serious restrictions on free expression, the press, and the internet; substantial interference with the freedom of peaceful assembly and freedom of association; severe restrictions of religious freedom; serious restrictions on freedom of movement across the line of contact in eastern Ukraine; restrictions on political participation, including unelected governments and elections that were not genuine, free, or fair; and unduly restricted humanitarian aid. Significant human rights issues in Russia-occupied Crimea included: forced disappearances and abductions; torture and cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment of detainees to extract confessions and punish persons resisting the occupation; harsh and life-threatening prison conditions; arbitrary arrest or detention; political prisoners or detainees; serious problems with the independence of the judiciary; arbitrary or unlawful interference with privacy; serious restrictions on free expression, the press, and the internet, including violence, threats of violence, or unjustified arrests or prosecutions against journalists, censorship, and site blocking; substantial interference with freedom of peaceful assembly and freedom of association; severe restrictions of religious freedom; serious restrictions on freedom of movement; restrictions on political participation, including unelected governments and elections that were not genuine, free, or fair; and crimes involving violence or threats of violence targeting lesbian, gay, bisexual, transgender, or intersex persons. Russian occupation authorities in Crimea reportedly continued to engage in widespread violence against and harassment of Crimean Tatars and pro-Ukrainian activists in response to peaceful opposition to Russian occupation (see Crimea subreport).

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2020
<https://www.state.gov/reports/2020-country-reports-on-human-rights-practices/ukraine/>

Box 7

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2020/2021

The right to health was compromised by a significant shortage of PPE during the COVID-19 pandemic; families of health workers who died faced bureaucratic obstacles to compensation. Allegations of torture and other ill-treatment, particularly in police custody, continued. Security service officials responsible for secret detention and torture in eastern Ukraine from 2014 to 2016 continued to enjoy complete impunity. Attacks by groups advocating discrimination against activists and marginalized minorities continued, often with total impunity. Intimidation and violence against journalists were regularly reported. Domestic violence remained widespread; access to support services was negatively affected by strict COVID-19 measures. Both sides in the conflict in eastern Ukraine imposed travel restrictions, impacting the socioeconomic rights of local people. In occupied Crimea, the crackdown on dissent and human rights defenders continued.

Quelle: Amnesty International Report 2020/2021

<https://www.amnesty.org/en/location/europe-and-central-asia/ukraine/>

Box 8

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2022

Bewertung für die Ukraine auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 35/60

Politische Rechte: 26/40

Gesamtbewertung: Teilweise frei (61/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 9

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2022

Ukraine has enacted a number of positive reforms since the protest-driven ouster of President Viktor Yanukovich in 2014. However, corruption remains endemic, and the government's initiatives to combat it have met resistance and experienced setbacks. Attacks against journalists, civil society activists, and members of minority groups are frequent, and police responses are often inadequate. Russia occupies the autonomous Ukrainian region of Crimea, which it invaded in the aftermath of Yanukovich's ouster, and its military supports armed separatists in the eastern Donbas area.

Note:

The numerical scores and status listed here do not reflect conditions in the occupied Ukrainian territories of Crimea and Eastern Donbas, which are examined in separate reports.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/ukraine/freedom-world/2022>

Kommentar

Lange Zeit war es um die Menschenrechte in der Ukraine besser bestellt als in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken. Einschränkungen betrafen dann jedoch nach der Wahl Janukowitschs zum Präsidenten im Jahr 2010 vor allem die Medien und die Opposition. So wurden Regierungsgegner:innen verstärkt vom staatlichen Justizapparat verurteilt. Der Inlandsgeheimdienst betrieb darüber hinaus eine Kampagne der Einschüchterung. Während die Ukraine seit den Protesten gegen das Regime Janukowitschs und dessen Absetzung 2014 einige Reformen durchgeführt hat, die auch zu einer Verbesserung der Menschenrechtslage beigetragen haben, bestehen zahlreiche Probleme weiter und es kommt zu Menschenrechtsverletzungen wie zum Beispiel willkürlichen Verhaftungen und Folter. Besonders problematisch ist die Menschenrechtssituation in der Ost-Ukraine, wo es im Zuge des bewaffneten Konflikts mit von Russland unterstützten Milizen zu außergerichtlichen Hinrichtungen, Folter, Entführungen und Einschüchterung durch bewaffnete Gruppen kommt; ukrainisches Militär und Milizen eingeschlossen. Nur in seltenen Fällen

kommt es zur strafrechtlichen Verfolgung dieser Verbrechen durch die ukrainische Justiz. Es herrscht weitestgehend ein Klima der Straflosigkeit.

Innere Lage im Empfängerland

Box 10

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2020 der Bertelsmann Stiftung

To a large extent, the period under review represented a continuation of the previous post-Euro-aidan phase. This phase has been characterized by the struggle between reformers, who want to overhaul the entire governance system, and beneficiaries of the old system and structures, who aim to preserve what can be described a “captured state.” Many reform initiatives launched between 2014 and 2016 continued to be implemented, while new reforms were launched. Yet, at the same time, the implementation of some reforms slowed down or even stalled. According to experts of the independent civil society initiative Reanimation Package of Reforms, decentralization, health care, pension and educational reforms, as well as reform of the army succeeded in 2018. The adoption of the Law on the High Anti-Corruption Court marked an important achievement. Public administration reform also merits recognition, as reform enclaves were established in the executive. [...] The war with Russia continued to shape Ukraine’s domestic agenda and its interactions with international partners. The conflict in Eastern Ukraine continued and leading to new casualties almost daily. The conflict escalated in November 2018 as Russia seized three Ukrainian navy ships in the Kerch Strait, which were traveling from Odessa on the Black Sea to Mariupol on the Azov Sea. As a result of the incident, Ukraine proclaimed martial law for 30 days for the first time in its conflict with Russia. At the time of writing, the 24 Ukrainian sailors captured during the incident remain in detention in Russia. According to opinion polls, the war with Russia and related developments were perceived as the most significant political events in Ukraine in 2018. Some 64 Ukrainian political prisoners are still in jail in Russia. One of the most prominent cases is that of the Ukrainian film director Oleg Sentsov, who was sentenced by a Russian court to 20 years in prison on disputed terrorism charges in 2014. In 2018, Sentsov survived a 145-day hunger strike and was awarded the annual Sakharov Prize of the European Parliament – the first-ever Ukrainian to receive the prize. However, Sentsov remains in prison in Russia. Other important events included the implementation of Ukraine’s Association Agreement with the European Union in September 2017 (after a period of provisional implementation), the granting of visa-free travel in the European Union for Ukrainian citizens in June 2017, the decision of the U.S. Trump administration to start selling (lethal) weapons to Ukraine in December 2017 and the granting of autocephaly to the Ukrainian Orthodox Church by the patriarch in Constantinople in January 2019. These events brought Ukraine closer to the European Union and strengthened its resilience to Russian aggression. Presidential and parliamentary elections, both scheduled for 2019, were important factors driving political developments in 2018. Various political actors, including President Poroshenko, who is seeking to win a second term, started de facto campaigning long before the official campaign period started. The political scene was rather fragmented with several candidates from the former Orange (anti-Yanukovych) camp, several candidates from the former pro-Yanukovych camp and several new faces. Particular notable has been the sudden emergence of Volodymyr Zelensky, a showman with no political experience. By January 2019, Zelensky was the leading presidential candidate according to public opinion polling, which indicates a strong public demand for new political leadership. There is no common presidential candidate who

represents pro-Euromaidan/reform-oriented positions, but is not backed by an oligarch. In short, Ukraine continued to struggle to achieve reform and exercise international influence. Strong civil society, reform enclaves in public authorities and international pressure coupled with financial support and economic growth remained Ukraine's key strengths. Significant resistance to reform inside the country, the rise of populist and conservative forces, and Russian aggression are Ukraine's largest obstacles to transformation.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2021)

Im Jahresbericht 2021 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, liegt die Ukraine auf Platz 122 (2020: Platz 117), ranggleich mit Eswatini. Deutschland liegt auf Platz 10.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2021/index/ukr>

Spannungen und innere Konflikte

In der Ukraine bestehen seit Jahren zwei wesentliche Konfliktstränge, die sich teilweise auch überlappen und in der gegenwärtigen Krise des Landes zum Vorschein kommen: Zum einen existieren politische Loyalitätskonflikte zwischen den ukrainischen Bevölkerungsteilen und den russisch geprägten Bevölkerungsteilen. Zum anderen bestimmen seit Jahren existierende Auseinandersetzungen zwischen pro-westlichen und pro-russischen Fraktionen der politischen Elite wie auch der Bevölkerung die Politik des Landes. Mit der Wahl Viktor Janukowitschs kam im Februar 2010 ein pro-russischer Präsident an die Macht. Die darauffolgenden Jahre waren weiterhin durch Streitigkeiten um die Orientierung der Ukraine – vermehrt in Richtung Russlands oder der EU – bestimmt.

Im November 2013 markierten Proteste in der Bevölkerung den Beginn der gegenwärtig anhaltenden, tiefen ukrainischen Staatskrise. Auslöser für die Protestbewegungen („Euromaidan“) war die Nichtunterzeichnung eines seit 2007 verhandelten Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU, welches auf dem EU-Ukraine-Gipfel im Dezember 2011 verabschiedet und am 30. März 2012 paraphiert wurde. Kern des Abkommens ist ein umfassendes Freihandelsabkommen, das die nahezu vollständige Öffnung des jeweiligen Binnenmarktes für den Kooperationspartner vorsieht. Im November 2013 lehnte der damalige Präsident der Ukraine, Viktor Janukowitsch, die Vertragsunterzeichnung allerdings überraschend ab – zum Unmut eines großen Bevölkerungsanteils. In der Folge kam es zu den Protesten auf dem Kiewer Platz der Unabhängigkeit („Maidan Nesaleshnosti“), der erstmals am 29./30. November mit brutalen Mitteln durch eine Sonderpolizeieinheit geräumt wurde. Es folgten landesweite Massenproteste, die Janukowitsch wiederum gewaltsam unterdrücken ließ. Nachdem die ersten Aktivist:innen ums Leben kamen, antwortete der Euromaidan mit Gegengewalt, welche jedoch vornehmlich von Anhänger:innen des „Rechten Sektors“ (Prawyj Sektor) ausgingen. In der Folgezeit kam es zu zahlreichen Gebäudebesetzungen seitens der Demonstrierenden sowie massiven Menschenrechtsverletzungen seitens der Sicherheitskräfte.

Zu dem Zeitpunkt galt die territoriale Integrität des Landes bereits als gefährdet, was insbesondere auf der ukrainischen Schwarzmeerhalbinsel Krim sichtbar wurde. Dort

übernahmen am 27. Februar 2014 bewaffnete Akteure, darunter viele russische Soldat:innen ohne Hoheitsabzeichen, die Kontrolle; besetzten Flughäfen, Regierungsgebäude und Truppenstützpunkte, während das prorussische Parlament zeitgleich, unter Anwesenheit bewaffneter Personen, die Regierung absetzte. Eine Volksbefragung zum zukünftigen Status der Krim wurde eingeleitet und am 16. März stimmte die Mehrheit der Krim-Bewohner*innen für den Beitritt zu Russland. Da offizielle, von Russland bekanntgegebene Zahlen jedoch nicht unabhängig überprüft werden konnten und sie zudem widersprüchlich waren, ist die Legitimität der Abstimmung stark in Frage gestellt. Anfang April kam es infolge dieser Ereignisse auch im Osten des Landes zu Unruhen, wo Aktivist:innen in den Millionenstädten Charkiw und Donezk ebenfalls Referenden über eine Abspaltung forderten und Regierungsgebäude besetzten. Die Unruhen im Land beschädigten das Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine schwer, beschuldigte letztere doch Moskau Provokateur*innen in die Ukraine zu schleusen, welche die Unruhen unterstützten. So soll etwa der separatistische Kommandeur Igor Girkin dem russischen Militärgeheimdienst GRU angehören.

Am 18. April 2014 einigten sich die USA, Russland, die Ukraine und die EU schließlich auf einen Friedensfahrplan unter der Voraussetzung, dass die Separatist:innen in der Ostukraine die besetzten Gebäude räumen und ihre Waffen niederlegen. Da diese Anweisung allerdings missachtet wurde, setzte die Regierung in Kiew ihren Militäreinsatz fort. Dies wiederum veranlasste Russland, die militärische Präsenz auf ukrainischem Territorium auszubauen. Am 11. Mai stimmten auch die Provinzen Luhansk und Donezk (Ostukraine) in einem Referendum über eine Abspaltung ab, die durch 89 Prozent der Wähler*innen befürwortet worden sein soll. Die separatistischen Führungsfiguren erklärten die Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Luhansk, die von der EU und den USA nicht anerkannt, von russischer Seite hingegen bestätigt wurden. Das Minsker Protokoll vom 5. September 2014 und das Minsker Memorandum vom 19. September 2014 sahen unter anderem eine Feuerpause, den Abzug schweren Geräts und besondere Selbstverwaltungsrechte auf lokaler Ebene für einige Teile der Ost-Ukraine vor. Eine OSZE-Mission sollte die Waffenruhe überwachen. Dennoch kam es immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Daran änderte auch der erneuerte Waffenstillstandsvertrag vom 12. Februar 2015 (Minsk II) nicht viel, zu dessen Scheitern die OSZE die Separatist:innen verantwortlich machte. Auch in den Jahren 2016 bis 2018 kam es immer wieder zu Verletzungen des Waffenstillstands.

Im April 2019 wurde dann Wolodymyr Selenskyj zum neuen Präsidenten der Ukraine gewählt. Im Dezember 2019 kam es in Paris zu erneuten Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine, um unter Vermittlung von Frankreich und Deutschland einen dauerhaften Waffenstillstand zu erzielen. Im Zuge des Führungswechsels in Kiew konnten bereits ein beidseitiger Gefangenenaustausch, die Rückgabe von Patrouillenbooten sowie eine Truppenentflechtung (Rückverlegung von 1000 Metern, Minenräumung) ausgehandelt werden. Im Sommer 2020 konnte erneut ein Waffenstillstand ausgehandelt werden. Allerdings kam es schon nach kurzer Zeit wieder zu Verletzungen desselben. Allerdings ging deren Anzahl im Vergleich zu den Vorjahren deutlich zurück. So reduzierte sich deren Zahl nach Angaben der OSZE nach dem in Minsk vereinbarten Waffenstillstand ab dem 27. Juli für die Monate August, September und Oktober 2020 um 95 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das Fernziel bleibt die Umsetzung des Minsker Abkommens.

Im Jahr 2021 kam es zweimal zu massiven Truppenmassierungen in der Nähe der ukrainischen Grenze. Berichten zufolge sollen allein zwischen November und Dezember dieses Jahres zwischen 70.000 und 100.000 Soldat*innen, schweres Kriegsgerät sowie medizinische Versorgungseinrichtungen und entsprechende Logistik auf russischer Seite in die Grenzregion gebracht worden sein. Von Seiten der Nato wurde die Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) in Alarmbereitschaft versetzt, um einen möglichen Angriff auf die Ukraine begegnen zu können. Hintergrund für die russischen Truppenaufstockungen soll die mangelnde Bereitschaft Kiews sein, die Minsker Vereinbarung umzusetzen. Diese würde beinhalten, dass die Ukraine zwei separatistisch kontrollierte Regionen unter „Sonderstatus“ wieder aufnimmt – was aus Sicht Kiews eine Untergrabung ihrer Souveränität bedeuten würde. Zudem forderte der russische Präsident Putin Garantien, dass die Nato nicht weiter gen Osten erweitert werden soll. Die Ukraine und Georgien sind derzeit um einen Beitritt bemüht.

Zu den Entwicklungen seit dem Einmarsch russischer Truppen siehe zunächst den dem Bericht vorangestellten Kommentar „[Vorbemerkungen zum Länderbericht](#)“.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Die Ukraine liegt im Osten Europas und grenzt im Norden und Westen an Belarus, Polen, die Slowakei, Ungarn, Rumänien und Moldawien. Im Osten verfügt die Ukraine über eine lange gemeinsame Landgrenze mit Russland. Im Süden grenzt das Land an das Schwarze Meer und verfügte bis zur russischen Annexion der Krim mit Sewastopol über einen strategisch wichtigen Hafen, der von der russischen Schwarzmeerflotte genutzt wurde. Seit sich die Halbinsel am 2. März 2014 von der Ukraine abspaltete und für unabhängig erklärte gilt ihre völkerrechtliche Zugehörigkeit für die internationale Gemeinschaft mehrheitlich als rechtswidrig. Ein Referendum am 16. März 2014 bestätigte anschließend die Angliederung an Russland, woraufhin die Republik Krim und die Russische Föderation am 18. März 2014 einen Vertrag über die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation unterschrieben.

Politische Situation in der Region

Die derzeit größten Spannungen in der Region bestehen zwischen der Ukraine und Russland. Die Beziehungen der beiden Staaten sind schon seit geraumer Zeit angespannt. Zwischen 2005 und 2010 war zunächst der Gaspreis Anlass für Konflikte zwischen Russland und der Ukraine, in Folge derer Russland zeitweilig die Lieferung von Gas dorthin stoppte. Die Konfliktparteien konnten sich jedoch im April 2010 auf eine 30-prozentige Preisreduzierung für die Ukraine einigen, für die diese im Gegenzug den Nutzungsvertrag für die russische Marinebasis Sewastopol im Schwarzen Meer verlängerte.

Derzeit befindet sich die Ukraine aufgrund der russischen Annexion der Krim sowie der Unterstützung für die Separatist:innen im Osten des Landes erneut im Konflikt mit Russland (siehe Kapitel „[Spannungen und innere Konflikte](#)“). Bis zum Januar 2018 hatte die ukrainische Regierung im Hinblick auf die Kämpfe in den beiden östlichen Gebieten Donezk und Luhansk von einer "Anti-Terror-Operation" gesprochen. Ein im Januar 2018

vom ukrainischen Parlament erlassenes Gesetz betrachtet die beiden Regionen nun als "von Russland besetztes Gebiet".

Am 25. November 2018 beschossen russische Sicherheitskräfte drei ukrainische Schiffe in der Meerenge von Kertsch und enterten diese. Die Ukraine verhängte daraufhin am 26. November 2018, zunächst für die Dauer von 30 Tagen, das Kriegsrecht. Der Krieg in der Ostukraine hat nach Angaben der UN-Menschenrechtsbeobachtermission in Kiew allein vom April 2014 und bis Ende 2018 zwischen 12.800 und 13.000 Menschen getötet; darunter auch 3.300 Zivilist:innen.

Grenzkonflikte

Im Jahr 2009 konnte durch einen Gerichtsbeschluss des Internationalen Gerichtshof ein langer Grenzkonflikt zwischen Rumänien und der Ukraine beigelegt werden. Umstritten waren angrenzende Seegebiete bzw. der Zugang zum Schwarzen Meer, die zum Vorteil Rumäniens entschieden wurden. Beiden Staaten haben aber die Möglichkeit, die natürlichen Ressourcen (Öl und Gas) auszubeuten. Beide Regierungen hatten bereits vor der Entscheidung angekündigt, das Ergebnis zu akzeptieren.

Ungelöst bleibt hingegen ein Konflikt zwischen Russland und der Ukraine über die Zugehörigkeit der Straße von Kertsch, die das Asowsche Meer und das Schwarze Meer verbindet. Die Ukraine beansprucht aufgrund historischer Zugehörigkeit die Kontrolle über die Wasserstraße, Russland beansprucht aber de facto die Kontrolle durch die Annexion der Krim. Für Russland ist sie ein wirtschaftlich wichtiger Faktor, da viele Frachtschiffe sie passieren. Beide Seiten verhandeln zwar seit Jahren über die endgültige Abgrenzung des Gebiets, eine Einigung konnte jedoch bis heute nicht erreicht werden. Zusätzlich zu diesem Konflikt besteht nun der Streit um die Zugehörigkeit der Krim-Halbinsel nach der russischen Annexion sowie um die beiden Provinzen Luhansk und Donezk, welche die Ukraine mittlerweile als „von Russland besetztes Gebiet“ betrachtet.

Regionale Rüstungskontrolle

Nach der Auflösung der Sowjetunion hat die Ukraine alle Nuklearwaffen im Land vernichtet und ist 1994 dem Nichtverbreitungsvertrag beigetreten. Nach der Annexion der Krim durch Russland wuchs die Befürchtung, die Ukraine könnte die nukleare Aufrüstung anstreben. Die ukrainische Regierung erklärte jedoch mehrfach, dass die Ukraine frei von Nuklearwaffen bleiben soll.

Die Ukraine ist Mitgliedsstaat des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE). Der Vertrag entstand im November 1990 vor dem Hintergrund des Endes des Kalten Krieges und legt Obergrenzen für die Anzahl schwerer Waffensysteme, welche im Vertragsgebiet stationiert werden dürfen, fest. In Folge der Unterzeichnung wurden in den teilnehmenden Staaten mehr als 50.000 Waffensysteme zerstört. Insbesondere durch den Austritt Russlands aus dem Vertragsverbund im Jahr 2007 wird die Wirksamkeit des KSE-Vertrages jedoch in Frage gestellt.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Im März 2014 setzte der Ständige Rat der OSZE die zivile Sonderbeobachtungsmission „Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine“ ein. Die Mission ist mit ihrem Hauptsitz in Kiew und Teams an Beobachter:innen in den Gebieten Iwano-Frankiwnsk, Lemberg und Czernowitz (Westukraine) sowie Cherson, Donezk, Dnipro, Luhansk und Odessa (Südostukraine) vertreten. Die SMM soll durch ihre Präsenz Spannungen verringern und durch ihre täglichen Lageberichte zu Transparenz und damit zur Stabilisierung beitragen. Außerdem hat sie die Aufgabe, die Einhaltung der Waffenstillstandsabkommen sowie des Abzugs schwerer Waffen zu beobachten. Im März 2020 hat der Ständige Rat der OSZE das Mandat der SMM erneut um ein Jahr bis Ende März 2021 verlängert; im März 2021 wurde das Mandat wieder um ein Jahr verlängert. Im Dezember 2020 waren rund 720 internationale Beobachter:innen aus 44 OSZE-Staaten in der Ukraine stationiert, darunter auch 29 Deutsche.

Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in der Ukraine 80 Prozent im Jahre 2017 und ist damit im Vergleich zu den Vorjahren nur geringfügig gefallen (2015: 82 Prozent, 2013: 83 Prozent). Im Vergleich zu anderen Staaten der Region weist die Ukraine einen sehr hohen Wert auf. Der finanzielle Schaden belief sich 2017 auf 108 Millionen US-Dollar (2015: 129 Mio. USD).

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2018

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Die Ukraine ist bis heute kein unmittelbares Ziel transnationaler Terrorgruppen. Das Land hat alle wichtigen Anti-Terrorismus-Konventionen unterzeichnet und betreibt aktiv die Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen, die in die Hände von Terrorist:innen gelangen könnten.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Organisierte Kriminalität ist ein großes Problem in der Ukraine. Laut einem Bericht des World Economic Forum vom November 2017 zählt die Ukraine zur Gruppe der Länder mit einem hohen Niveau an organisierter Kriminalität. Insbesondere der Drogen- und Zigarettenhandel floriert; zusätzlich begünstigt durch die gewaltsam ausgetragenen Konflikte im Osten des Landes und die damit verbundene Destabilisierung des Landes. Ein weiteres Problem, mit dem die Ukraine zu kämpfen hat, ist der anhaltende Menschenhandel. Das Land hat sich zu einem wichtigen Transitort für Menschenschmuggel entwickelt.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Abkommen	Status	Quelle
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Die Ukraine übermittelt recht regelmäßig Angaben im Rahmen des UN-Waffenregisters zu Rüstungsimporten und -exporten. So hat sie in den Jahren von 2016 bis 2019 jedes Jahr einen Bericht abgeliefert.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Das Gesetz von 2003 „On State Control over International Transfers of Military and Dual-use Goods“ ist die rechtliche Basis für die Exportkontrolle von Rüstungsgütern und Waffen. Das Gesetz beinhaltet drei zentrale Elemente, die den Prozess bei Rüstungsexportentscheidungen leiten sollen: a) Die Anerkennung der internationalen Bemühungen bei Nichtverbreitung; b) Harmonisierung der ukrainischen Prozesse und Strukturen im Hinblick auf internationale Normen und Standards; und c) Kooperation mit Staaten und internationalen Organisationen zur Stärkung der internationalen Sicherheit und Stabilität. In den Entscheidungsprozess einbezogen sind neben dem:der Präsident:in auch der:die Verteidigungs- und Außenminister:in, die Direktor:innen der Geheimdienste sowie der:die Direktor:in des größten staatlichen Rüstungsunternehmens Ukrspetseksport, das mit Exportgeschäften beauftragt ist.

Die Ukraine gilt als Ursprungsland vieler illegaler Waffentransfers, auch an bewaffnete Akteure in unterschiedlichen Konflikten in Afrika, Osteuropa, Mexiko und dem Nahen Osten. Laut ukrainischen Zeitungsberichten gelangten rund 500.000 Waffen seit dem Beginn des Konflikts im Donbass im April 2014 auf den ukrainischen Schwarzmarkt, darunter Gewehre, Maschinengewehre und Pistolen. Die größten Quellen dieser Waffen waren sowjetische Bestände sowie Ausrüstung, die von Separatist:innen zurückgelassen wurde. Darüber hinaus wurden Berichte bekannt, denen zufolge Waffen, die die Ukraine nach Deutschland schickt, in den Händen von syrischen Rebell:innen landen könnten und dort für „verdeckte Operationen“ verwendet werden. Das Auswärtige Amt hat auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag eingeräumt, dass der ukrainische Staatskonzern Ukroboronprom halbautomatische Gewehre des Typs SKS Simonow in die Bundesrepublik geliefert habe. Die Außenexpertin der Linken, Sevim Dagdelen, kritisiert, dass Berlin den Verdacht nicht ausräumen könne, dass diese Waffen an islamistische „Gotteskrieger:innen“ weitergegeben worden seien, um einen Regimewechsel in Syrien zu begünstigen. Die Jamestown-Foundation, ein US-amerikanischer Think Tank, geht davon aus, dass auf diesem Weg allein 2011 und 2012 etwa 54.000 Kleinwaffen nach Syrien gelangt sein könnten. Lange Zeit waren Staatsbedienstete, Militärs, Polizeiangehörige und Mitglieder des Geheimdienstes aktiv und passiv in den illegalen Waffenhandel involviert.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 11

Auszug aus dem Transformationsatlas 2020 der Bertelsmann Stiftung

Economic policies launched after the Revolution of Dignity have started to bear fruit. After the period of economic decline, the macroeconomic situation stabilized in 2017 to 2018: real GDP growth amounted to 3.3% in 2018, compared to 2.4% in 2016 and 2.5% in 2017. By the end of 2017, GDP per capita in PPP terms reached \$8,667, marking a return to the level observed in 2014. Inflation has continued to fall. Regulatory changes, which aim to improve the business environment, were introduced. These changes included the introduction of a new law on foreign currency and new corporate regulations, the adoption of a bankruptcy code, the simplification of construction industry norms, and the abolishment of the price regulation. Reform of the judiciary and efforts to tackle corruption progressed, but with significant setbacks, while agricultural land and electoral reforms de facto failed.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

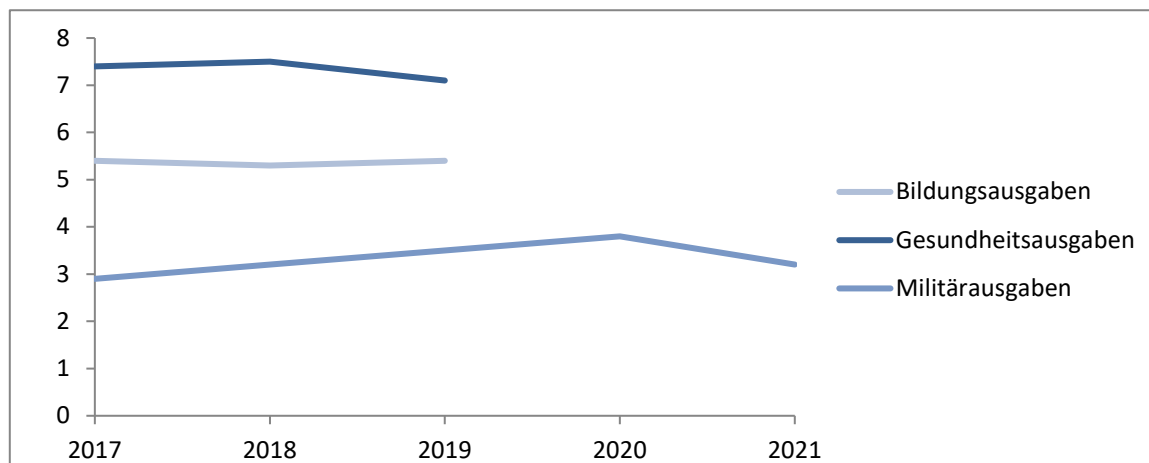
	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	3924	4668	5333	5924	5423
Militärausgaben/BIP	2,9	3,2	3,5	3,8	3,2
Gesundheitsausgaben/BIP	7,4	7,5	7,1	-	-
Bildungsausgaben/BIP	5,4	5,3	5,4	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2016	2017	2018	2019	2020
Auslandsverschuldung	115004	122700	121091	123921	129899
Anteil am BIP (in Prozent)	123,2	109,4	92,5	80,5	85,7
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	1000,69	769,19	761,67	614,24	-
Net ODA (% of GNI)*	1,02	0,65	0,58	0,39	-
Deutsche ODA Zahlungen*	186,92	209,3	227,05	205,1	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2019); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2019).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2016	2017	2018	2019	2020
Militarisierungswert	266	259,8	266,9	275	305,3

	2016	2017	2018	2019	2020
Index-Platzierung	24	25	20	19	16

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2016	2017	2018	2019	2020
Belarus	Militarisierungswert	272,1	267	265,2	267,7	269,2
	Index-Platzierung	22	21	22	24	24
Polen	Militarisierungswert	209,3	208,6	214	213,1	219,2
	Index-Platzierung	49	52	49	50	50
Rumänien	Militarisierungswert	221,5	230,5	224,2	224	241,3
	Index-Platzierung	47	41	43	43	33
Russland	Militarisierungswert	381	355,7	340	343,4	353,6
	Index-Platzierung	6	9	10	9	10
Slowakei	Militarisierungswert	162,4	162,5	160,9	185,7	191,4
	Index-Platzierung	86	84	83	67	64
Ungarn	Militarisierungswert	149,3	151,1	156,1	162	176,2
	Index-Platzierung	93	90	89	84	76

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2021.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2017	2018	2019	2020	2021
Belarus	Militärausgaben (absolut)	581	661	700	707	727
	Militärausgaben/BIP	1,1	1,2	1,2	1,2	1,2
Polen	Militärausgaben (absolut)	10408	11788	11987	13718	13002
	Militärausgaben/BIP	1,9	2,0	2,0	2,3	2,1

		2017	2018	2019	2020	2021
Rumänien	Militärausgaben (absolut)	3880	4315	4723	5052	5210
	Militärausgaben/BIP	1,7	1,8	1,8	2,0	2,0
Russland	Militärausgaben (absolut)	59969	57709	60296	61713	63485
	Militärausgaben/BIP	4,2	3,7	3,8	4,3	4,1
Slowakei	Militärausgaben (absolut)	1143	1310	1871	2047	1875
	Militärausgaben/BIP	1,1	1,2	1,7	2,0	1,7
Ungarn	Militärausgaben (absolut)	1437	1679	2000	2771	2608
	Militärausgaben/BIP	1,0	1,1	1,3	1,9	1,6

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2020). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2015	2016	2017	2018	2019
HDI-Wert	0.765	0.768	0.771	0.774	0.779

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

In den 1990er Jahren war die Wirtschaft der Ukraine vom Zerfall der Sowjetunion gezeichnet. In den 2000er Jahren verzeichnete das Land zwar ein stetiges Wirtschaftswachstum und mit der Privatisierung staatlicher Unternehmen war der Wandel zu einer Marktwirtschaft zunächst gelungen. Allerdings litten bestimmte Bevölkerungsgruppen weiterhin unter erheblicher Armut und Reformen im Bildungs- und Gesundheitssektor blieben weitgehend aus. Wichtige Reformen blieben auch im Agrarsektor oder im Justiz- und Verwaltungsbereich aufgrund der innenpolitischen Instabilität sowie der durch wirtschaftliche Interessen von Einzelakteuren dominierten Politik aus. Korruption und veraltete Strukturen sind immer noch ein massives Problem.

Insbesondere der bewaffnete Konflikt im Osten des Landes trifft die Wirtschaft. Im Februar 2014 drohte der Ukraine der Staatsbankrott. Auch 2015 ging die Wirtschaftsleistung deutlich zurück. Erst ab 2016 stabilisierte sich die Wirtschaft wieder mit einer Wachstumsrate von über zwei Prozent; 2018 konnte sogar ein BIP-Wachstum von 3,3 Prozent erreicht werden. Die Reformen, die nach dem Regimewechsel 2014 eingeleitet wurden – hierzu gehört unter anderem die Einführung neuer gesetzlicher Regelungen für Unternehmen, ein neues Insolvenzrecht und die Abschaffung der Kursregulierung –, scheinen Früchte zu tragen.

Der andauernde Gewaltkonflikt im Osten der Ukraine hat zu einer deutlichen Steigerung der Militarisierung der Ukraine geführt, sodass das Land heute zu den am höchsten militarisierten Staaten weltweit zählt. Die Militärausgaben, gemessen als Anteil des Bruttoinlandsproduktes, stieg beispielsweise seit dem Jahr 2010 von 1,9 auf zuletzt 4,1 Prozent (oder in absoluten Zahlen: von etwa 2,2 Mrd. auf rund 6 Milliarden US-Dollar). Die Anzahl des militärischen und paramilitärischen Personals wurde deutlich vergrößert; die bestehenden Großwaffensysteme umfassend modernisiert. Im Ranking des Globalen Militarisierungsindex des BICC belegt das Land für das Jahr 2020 daher Platz 16 von 151 Staaten – 2012 belegte das Land noch den 47. Platz